

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0089/2018/IV

Datum:
22.05.2018

Federführung:
Dezernat II, Amt für Verkehrsmanagement

Beteiligung:
Dezernat V, Eigenbetrieb Städtische Beteiligungen

Betreff:

Bürgerticket

Informationsvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschuss	06.06.2018	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	13.06.2018	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	
Gemeinderat	28.06.2018	Ö	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne	

Zusammenfassung der Information:

Die Mitglieder des Stadtentwicklungs- und Verkehrsausschusses, des Haupt- und Finanzausschusses und des Gemeinderates nehmen die Informationen zum Thema Bürgerticket zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

Derzeit keine Angaben möglich.

Zusammenfassung der Begründung:

Anlässlich der Idee eines fahrscheinlosen ÖPNV im Rahmen eines Bundesförderprogramms, das die Verminderung des Autoverkehrs in Städten zum Ziel hat, möchten die Antragsteller, dass sich die Stadt Heidelberg als nach ihrer Auffassung „Pendlerhauptstadt“ aktiv um die Aufnahme in ein solches Bundesprogramm bemüht. Die Städte Mannheim und Heidelberg in Kooperation mit der rnv und VRN GmbH haben sich per Schreiben vom 11.04.2018 gemeinsam um eine Teilnahme an der vom Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg ausgeschriebenen Modellstudie für ein Gutachten zu Wirkungen von Instrumenten zur nachhaltigen ÖPNV-Finanzierung beworben. In diesem Zusammenhang soll unter anderem auch die mögliche Umsetzung eines sogenannten Bürgertickets untersucht werden.

Begründung:

Die Städte Mannheim und Heidelberg in Kooperation mit der rnv und VRN GmbH haben sich per Schreiben vom 11.04.2018 gemeinsam um eine Teilnahme an der vom Ministerium für Verkehr des Landes Baden-Württemberg ausgeschriebenen Modellstudie für ein Gutachten zu Wirkungen von Instrumenten zur nachhaltigen ÖPNV-Finanzierung beworben (siehe Anlage 02).

Vorangegangen sind öffentliche Diskussionen im Zuge von Grenzwertüberschreitungen bei den Luftschadstoffen NOX aus dem Straßenverkehr und der Stadt Mannheim als eine davon direkt betroffene Kommune. Damit verbunden wurde zunächst die Diskussion über ein mögliches Bundesprogramm zur Einführung eines für den Nutzer kostenlosen ÖPNV.

Zwischenzeitlich hat jedoch eine konkrete Anfrage des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg Heidelberg, Mannheim und weitere Kommunen erreicht, sodass eine gemeinsame Bewerbung als Modellkommunen für das Gutachten zu Wirkungen von Instrumenten zur nachhaltigen ÖPNV-Finanzierung möglich wurde.

Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg stellt in seinem Schreiben (siehe Anlage 01) vom 14.03.2018 eingangs fest: „der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist für eine nachhaltige Verkehrsentwicklung und zur Gewährleistung eines verlässlichen Mobilitätsangebots für die Menschen in den Kommunen im Land von großer Bedeutung. Ein leistungsfähiger und attraktiver ÖPNV trägt zudem maßgeblich zum Klimaschutz, zur Luftreinhaltung und zum Lärmschutz bei.“

Aufgrund der Problematik, dass die Fahrpreise im ÖPNV in den vergangenen Jahrzehnten stärker angestiegen seien als die allgemeinen Lebenshaltungskosten oder die allgemeinen Mobilitätskosten, die öffentliche Hand jedoch aufgrund knapper Haushaltsmittel Schwierigkeiten habe, die ÖPNV-Defizite auszugleichen, würden aus Sicht des Ministeriums für Verkehr neue Finanzierungsansätze und –instrumente für Kommunen notwendig. Dabei sei zu berücksichtigen, dass der ÖPNV sowohl im Angebot als auch aus finanzieller Sicht attraktiver gestaltet werden müsse, um einen Fahrgastzuwachs erzielen zu können, der eine nennenswerte Verkehrsverlagerung vom KFZ-Verkehr auf den ÖPNV zur Folge haben würde. Dem Verständnis des Verkehrsministeriums nach ginge es dabei nicht um einen kostenlosen ÖPNV, sondern um ein qualitativ gutes ÖPNV-Angebot zu einem sozialverträglichen Preis, denn nur das Gleichgewicht von Angebot und Tarif bringe am Ende eine große Nachfrage.

Bereits 2017 hat das Ministerium für Verkehr die Ergebnisse der Grundlagenuntersuchung „Instrumente zur Drittnutzerfinanzierung für den ÖPNV in Baden-Württemberg“ veröffentlicht. Dort werden verschiedene Finanzierungsinstrumente theoretisch erklärt, wobei man einen sogenannten Mobilitätsausweis im Rahmen der Modellstudie betrachten möchte und im Rahmen eines ergänzenden Gutachtens die finanziellen Auswirkungen eines solchen Mobilitätsausweises auf die Modellkommunen berechnen lassen möchte. Berechnet werden unterschiedliche Modelle darunter ein sogenanntes Bürgerticket, mit dem man alle Bürger erreichen möchte, eine sogenannte Nahverkehrsabgabe, die hauptsächlich auf die KFZ-Halterinnen und –Halter abzielt oder schließlich die Straßenbenutzungsgebühr (Maut), mit der die KFZ-Nutzerinnen und -Nutzer einbezogen werden.

Da die nachhaltige finanzielle Ausstattung des ÖPNV als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachtet wird, wurde es ausdrücklich begrüßt, wenn Städte und Verkehrsverbände für das Vorhaben und eine Zusammenarbeit gewonnen werden könnten.

Die Stadt Heidelberg wartet bisher noch auf die Rückmeldung seitens des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg und wird sobald eine Antwort eingetroffen ist, die Mitglieder des Gemeinderates umgehend darüber informieren. Erst danach können weitere Schritte betrachtet werden.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
MO 1, 6	+	Umwelt-, stadt- und sozialverträglichen Verkehr fördern Mehr Mobilität ohne mehr motorisierten Verkehr Begründung: Das vorgeschlagene Bürgerticket kann zur Zielerreichung beitragen.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet
Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Schreiben des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg vom 14.03.2018
02	Gemeinsame Bewerbung der Städte, Mannheim, Heidelberg, des Verkehrsunternehmens rnv GmbH und des Verkehrsverbundes VRN als „Modellkommune für ein Gutachten zu Wirkungen von Instrumenten zur nachhaltigen ÖPNV-Finanzierung“ vom 11.04.2018